



## Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundestag hat letzte Woche dem Koalitionskompromiss zum sogenannten Werbeverbot für Abtreibungen zugestimmt. Die Reform des Paragraphen 219a wurde in namentlicher Abstimmung mit deutlicher Mehrheit beschlossen. Das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche bleibt erhalten.

Auch haben wir letzten Donnerstag den Digitalpakt Schule mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen. 40.000 Schulen können sich damit auf neue Computer und besseres Internet freuen.

Im Anschluss an die Münchner Sicherheitskonferenz, welche vom 15. - 17. Februar stattfand, haben die Bundestagsfraktionen am Mittwoch, den 20. Februar 2019, in einer Aktuellen Stunde über die Zukunft des Multilateralismus debattiert. Christian Schmidt (CSU) sprach sich dafür aus, die Verteidigungsausgaben anzuheben, damit Deutschland auf europäischer und internationaler Ebene seinen Verpflichtungen besser nachkommen kann.

Viel Spaß beim Lesen!

**Herzliche Grüße**

**Christian Schmidt MdB**

### Diese Woche:

Werbung für Schwangerschaftsabbrüche bleibt verboten	2
Der Digitalpakt Schule kommt	3
Aktuelle Stunde zur Münchner Sicherheitskonferenz	5
Hanoi: Christian Schmidt MdB zum Scheitern des amerikanisch-nordkoreanischen Gipfels	7

Treten Sie mit mir in Kontakt:

Homepage: [www.christian-schmidt.de/](http://www.christian-schmidt.de/)

E-Mail: [christian.schmidt@bundestag.de](mailto:christian.schmidt@bundestag.de)



§219A STGB 22.02.2019

## Werbung für Schwangerschaftsabbrüche bleibt verboten



© picture alliance/Kay Nietfeld/dpa

Der Bundestag hat diese Woche dem Koalitionskompromiss zum sogenannten Werbeverbot für Abtreibungen zugestimmt. Die Reform des Paragraphen 219a wurde in namentlicher Abstimmung mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

### Um Kompromiss wurde lange und zäh gerungen

"Um den Kompromiss des Gesetzes zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch hat die Koalition lange gerungen", so Volker Ullrich, innen- und rechtspolitischer Sprecher der CSU im Bundestag. Donnerstagabend wurde der Kompromiss schließlich verabschiedet. Das grundsätzliche Werbeverbot bleibt bestehen. "Damit schützt die CSU im Bundestag das ungeborene Leben, aber auch die schwangere Frau vor kommerzieller und unsachlicher Werbung", so Ullrich weiter. Der Paragraph 219a des Strafgesetzbuches soll künftig jedoch um einen weiteren Ausnahmetatbestand ergänzt werden. Danach sollen Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser und Einrichtungen öffentlich ohne Risiko der Strafverfolgung darüber informieren dürfen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Sie sollen darüber hinaus weitere Informationen über einen Schwangerschaftsabbruch durch Hinweis auf entsprechende Informationsangebote neutraler Stellen, die im Gesetz ausdrücklich benannt werden, zugänglich machen dürfen.



Außerdem soll durch eine Änderung im Schwangerschaftskonfliktgesetz sichergestellt werden, dass es zukünftig eine von der Bundesärztekammer zentral geführte Liste mit Ärztinnen und Ärzten sowie Krankenhäusern und Einrichtungen gibt, die mitgeteilt haben, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Zugleich soll Rechtssicherheit insbesondere für Ärzte und Krankenhäuser geschaffen werden.

**DIGITALPAKT SCHULE** 22.02.2019

## Der Digitalpakt Schule kommt



© picture alliance/Britta Pedersen/dpa-Zentralbild

Der Bundestag hat letzte Woche den Digitalpakt Schule mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen. 40.000 Schulen können sich damit auf neue Computer und besseres Internet freuen.

### Grundgesetzänderung beschlossen

Der Bundestag hat eine Grundgesetzänderung für die Digitalisierung an Schulen beschlossen. Bund und Länder hatten sich im Vermittlungsausschuss auf einen entsprechenden Kompromiss geeinigt. Die Einigung sieht vor, dass der Bund künftig Geld für die Bildungsinfrastruktur zur Verfügung stellen kann. Der Bund stellt den Ländern innerhalb von fünf Jahren fünf Milliarden Euro für Laptops oder Tablets in den Schulen bereit. Damit können Schüler und Lehrer an 40.000 Schulen auf neuere Computer, besseres Internet und digitale Lehrmittel hoffen. Die Finanzhilfe soll zusätzlich zu eigenen Mitteln der Länder fließen. Die ersten Projekte sollen bereits dieses Jahr angeschoben werden. Der Bund behält hierbei die Kontrolle darüber, ob seine Finanzmittel auch tatsächlich für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden.



Die Länder sollen zur Auskunft verpflichtet sein, wenn der Bund Berichte und Akten anfordert. Somit soll eine zielgerichtete Verwendung der Mittel gewährleistet werden.

### **Digitalisierung ist ein Querschnittsthema**

Direkt im Anschluss an die Abstimmung über den Digitalpakt stellte die Staatsministerin für Digitales, Dorothee Bär (CSU), die Umsetzungsstrategie der Bundesregierung "Digitalisierung Gestalten" vor. Zu Beginn ihrer Rede lobte Bär den Digitalpakt, da dieser den Weg zur digitalen Bildung geebnet habe. Dies war laut Bär längst überfällig. Im Zuge der Vorstellung der Digitalisierungsstrategie zeigte Bär das Hauptanliegen ihrer Strategie auf: Ziel sei es jeden Bürger in die Lage zu versetzen den digitalen Wandel selbst zu gestalten. Neben den klassischen Schulfächern brauche es künftig daher einen digitalen Kanon an Grundfertigkeiten wie programmieren, Datenanalyse, Robotik, aber auch digitaler Ethik, so Bär. Zur digitalen Transformation in Deutschland gehören nicht nur eine Führungsposition in der Forschung, sondern langfristig auch gesteigerte Fertigkeiten im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI). Deswegen investiere man nun in zusätzliche 100 KI-Professuren. Bär will bei der digitalen Revolution aber auch die Menschen in Deutschland mitnehmen: "Wir wollen jede Bürgerin und jeden Bürger in die Lage versetzen, den digitalen Wandel selbstbestimmt mitgestalten zu können und vor allem verantwortungsvoll mit den Risiken umzugehen."





MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ 22.02.2019

## Aktuelle Stunde zur Münchner Sicherheitskonferenz



© picture alliance/Thierry Monasse/dpa

Im Anschluss an die Münchner Sicherheitskonferenz, welche vom 15. - 17. Februar stattfand, haben die Bundestagsfraktion am Mittwoch, den 20. Februar 2019, in einer Aktuellen Stunde über die Zukunft des Multilateralismus debattiert.

### Multilateralismus stärken

Als Konsequenz aus der konfliktreichen Münchner Sicherheitskonferenz hat sich der Bundestag mit breiter Mehrheit zur internationalen Zusammenarbeit und einer regelbasierten Weltordnung bekannt. Die Stärkung des Multilateralismus ist für die Regierungsfractionen das Gebot der Stunde. Bei der Sicherheitskonferenz waren Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ebenso zutage getreten wie Spannungen im Verhältnis zu Russland und China. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte in ihrer Rede in München die Alleingänge Präsident Trumps verurteilt, vor allem kritisierte die Bundeskanzlerin die gegen Deutschland gerichtete Handelspolitik der Trump-Regierung. In der Aktuellen Stunde unterstrich Christian Schmidt (CSU) die Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik, vor allem auch die transatlantische Komponente der deutschen Sicherheitspolitik.



### **Zwei-Prozent-Ziel von Wales erreichen**

Schmidt würdigte besonders die Rolle der NATO: So bekannte sich Schmidt in seiner Rede zum Zwei-Prozent-Ziel von Wales. 2002 wurden die baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien und die Slowakei eingeladen, Mitglieder der NATO zu werden. Eine Bedingung war es, "genügend Ressourcen" in die Verteidigung zu investieren. Der Richtwert für jeden Aspiranten lautete zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts. Aber auch jene Staaten, die der NATO bereits angehörten, sollten dieses Ziel anstreben. Festgeschrieben wurde das Zwei-Prozent-Ziel noch einmal 2014 beim NATO-Gipfel in Wales. Das war nach der Annexion der Krim und dem Kriegsausbruch in der Ukraine. Konkret wurde in Wales beschlossen, dass die NATO-Staaten "darauf abzielen, sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von zwei Prozent zuzubewegen" und mindestens 20 Prozent davon in "neues Großgerät einschließlich damit zusammenhängender Forschung und Entwicklung" zu investieren. Schmidt unterstrich, dass folglich die Verteidigungsausgaben sich hieran orientieren müssten. "Sie sind kein Selbstzweck, aber eine Notwendigkeit zur Vertrauensbildung und zur Lückenschließung", so Schmidt.





AMERIKANISCH-NORDKOREANISCHER GIPFEL IN HANOI

## **Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB zum Scheitern des Gipfels:**

„Das nicht erfolgreiche Ende des Gipfels ist nicht das Ende aller Tage. Es sollte aber erst einmal eine Ermahnung zur Zurückhaltung an alle sein, die Friedensnobelpreise auf Hoffnung und nicht auf reale Erfolge ausgeben wollen. Die Urkunden bitte erst nach getaner Arbeit - aber bitte auch mehr Respekt vor der Gewaltigkeit dieser Aufgabe.

Präsident Trump ist für seine Initiative sehr zu danken. Wir sollten alles tun, um mit ihm, den USA, China, Russland, Japan, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und nicht zuletzt Südkorea gemeinsam an dieser Initiative mitzuarbeiten, auch wenn der Erfolg viel komplizierter zu erreichen ist, als manche naiv erwartet haben.

Wir sollten damit die früheren Sechs-Parteien-Gespräche von vor zwanzig Jahren ergänzt um eine Beteiligung der europäischen drei Staaten konzeptionell wieder aufgreifen und um ökonomische und politische Vertrauensbildung ergänzen.

Wichtig auch für uns selbst ist, dass die USA tatkräftige Hilfe von uns bekommt, wenn sie Unterstützung suchen und nicht nur mehr oder weniger kluge Kommentare. Die nukleare Abrüstung Nordkoreas und das Ziel der Wiedervereinigung beider Koreas in freier Selbstbestimmung ohne die Suche nach Siegern und Besiegten sind von globaler Bedeutung.“

### Impressum

Herausgeber: Christian Schmidt MdB, CSU im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin,  
Telefon: 030 / 227 71630, Fax: 030 / 227 76962  
E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de  
Bildnachweis: Thomas Lothar (Seite 1)